Reichstag.

(Specialbericht des „Leipziger Tageblattes“.)

10. Sitzung vom 7. December, 11 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: v. Bötticher u. A.

Die erste Berathung der Vorlage, betr. die Alters- und Invaliditätsversicherung, wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Buhl (nat.-lib.) spricht den verbündeten Regierungen seinen Dank für die frühzeitige Veröffentlichung der Vorlage aus. In der Vorlage sehe er keine politischen Fragen, denen gegenüber er einen principiellen Standpunct einnehme. Er und seine Freunde würden in Bezug auf diese Vorlage jedem Verbesserungsantrage zugänglich sein und dieselben einer eingehenden Prüfung unterziehen. Der Abg. Grillenberger habe keinen sicheren Standpunct zu dem Entwurfe eingenommen, denn einmal habe er denselben begrüßt, während er gleich darauf dessen Ablehnung a limine forderte. Er sei als Landwirth bereit, das Wohl seiner Arbeiter möglichst zu fördern, allein durch eine Herabsetzung von 70 auf 60 Jahre, wie Grillenberger sie gefordert, würden wesentliche Ungleichheiten zu Tage gefördert, deren eingehende Prüfung Sache der Commission sein würde. Die Frage der vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit, die auch Grillenberger berührt habe, habe auch seine Freunde lebhaft beschäftigt; es würde den in dieser Frage hervorgetretenen Bedenken vielleicht durch eine Entwickelung der Krankencassen entgegengetreten werden können. Diese Frage sowohl, wie der Umfang der Versicherung müßten in der Commission einer genauen Prüfung unterworfen werden. Dasselbe sei mit der Frage der Rückzahlung der Beiträge der Fall. Besonders bei der Versicherung der weiblichen Arbeiter müßte die Frage ernst erwogen werden, namentlich ob es nicht angerathen sei, die von der Vorlage abgelehnte Rückzahlung der Beiträge für die Frauen bei deren Verheirathung in das Gesetz aufzunehmen. Auch die Frage, in welcher Weise die erworbenen Rechte am besten zu conserviren seien, werde noch näher geprüft werden müssen; und scheine der denkbarste Weg der zu sein, daß die freiwillige Versicherung weiter ausgedehnt werde, als der Entwurf vorschlägt, und daher ist zu prüfen, in welcher Weise den einmal Versicherten das dadurch erworbene Recht erhalten werden kann. Ob das Beitragsjahr mit 47 Wochen richtig festgesetzt sei, würde die Commission zu ermitteln haben; eine Verminderung der Wochenzahl, wie Grillenberger sie verlange, würde unbedingt zu einer Erhöhung der Beiträge der Arbeitgeber führen müssen. Die Behauptung, daß es sich hier um eine verbesserte Armenpflege handele, müsse auch er zurückweisen und dabei zugleich zur Ehre der deutschen Arbeiter constatiren, daß die Armenpflege bei ihnen nicht die Regel, sondern nur die Ausnahme bildet. Bei Gelegenheit der Berathung des Unfallversicherungsgesetzes haben er und seine Freunde sich ganz entschieden gegen den Reichszuschuß ausgesprochen, aber damals lagen die Verhältnisse ganz anders. Die Leistungen dieses Gesetzes können nach dieser Richtung hin mit dem Unfallversicherungsgesetz nicht verglichen werden, denn hier sei der Arbeitgeber gewissermaßen der Verpflichtete. Armenunterstützung sei es nicht, die hier gegeben werden solle, aber ganz unbestreitbar sei es, daß es sich um eine Erleichterung der Armenpflege handele. Außerordentlich wichtig halte er die Prüfung der Frage, ob und in wie weit es möglich sein werde, für die Uebergangszeit sicherere Bestimmungen zu treffen, als die Vorlage sie enthalte. Redner erklärt weiter, daß er und seine Freunde für die Einführung von Lohnclassen seien und daß dabei zu erwägen sei, ob der Reichszuschuß nicht für alle Arbeiterclassen gleich zu normiren sei. Die Frage der Organisation sei eine sehr schwierige. Durch das System, wie die verbündeten Regierungen es aufgebaut haben, würden außerordentlich große Schwierigkeiten hervorgerufen werden; es sei zu befürchten, daß die Berechnung der verschiedenen Versicherungs-Anstalten unter sich fabelhafte Verwirrungen hervorrufen werde, nur durch ein Zusammenfassen des ganzen Risikos in der Reichsversicherungsanstalt würden die Schwierigkeiten sich beseitigen lassen. Er glaube in der Commission nachweisen zu können, daß eine Vereinfachung der Organisation möglich sei, dazu gehöre auch die Frage, in wie weit diese Organisation in Verbindung gebracht werden könne mit den Krankencassen. Dabei sei zugleich zu erwägen, in welcher Weise die Gemeinden, namentlich die kleinen, möglichst entlastet werden können. Die Verbindung der Organisation mit den freien Hülfscassen, wie Grillenberger sie verlange, würden die befürchteten Schwierigkeiten noch vermehren. Darin sei er mit dem Abgeordneten einverstanden, daß die Commission ernst zu prüfen haben werde, ob die Marken durch eine andere Bestimmung zu ersetzen seien. Von dem Quittungsbuch befürchte er keinen Unfug, sollte aber eine Correctur des Quittungsbuches durch eine bessere Einrichtung herbeigeführt werden können, so würde er darin eine wesentliche Verbesserung des Gesetzes erblicken. Er und seine Freunde haben die Hoffnung, daß es dem Reichstage durch ernstes und gewissenhaftes Bemühen gelingen werde, dieses Gesetz in einer solchen Weise zu fördern, daß es zur Sicherung des socialen Friedens dienen werde. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Hitze (Centrum) spricht die Hoffnung aus, daß das Gesetz so gestaltet werde, daß es dem Vaterlande zum Segen gereichen werde. Er weist alsdann die Behauptung Grillenberger's von der verbesserten Armenpflege zurück und erörtert eingehend die Frage, ob eine Erhöhung der Rente, wie Grillenberger sie befürwortet und wie auch er sie wünsche, möglich sei. Zu befürchten sei, daß bei einer Erhöhung der Rente auch eine Erhöhung der Beiträge nöthig werden würde. Uebrigens bemerke er, daß der Reichstag es machen könne, wie er wolle, den Herren Socialdemokraten würde er es nie recht machen. Der Gesetzentwurf, wie die Regierung ihn vorgelegt, sei etwas bureaukratisch zugeschnitten. Der Entwurf lasse nur ganze und dauernde Invalidität zu, es müßten aber Halbinvaliden und zeitweise Invaliden zugelassen werden. Die Frage, ob die Berufsgenossenschaften, die einmal vorhanden seien, zum Fundament der neuen Organisation gemacht oder ganz bei Seite geschoben werden sollten, sei von durchschlagender Bedeutung. Es seien dieselben Fragen, dieselbe Thätigkeit, dieselbe Fürsorge wie bei der Unfallversicherung, es seien dieselben Functionen, die Festsetzung der Beiträge &c., und da sei es doch sehr zu überlegen, ob es nun richtig wäre, hier eine ganz neue Organisation zu schaffen. Wenn man behaupte, die Berufsgenossenschaften wollten selbst nicht herangezogen werden, so komme es noch darauf an, sie erst darüber zu befragen. Halte man die Verbindung mit den Berufsgenossenschaften fest, so würde es auch leicht möglich sein, das ominöse Quittungsbuch zu beseitigen, dadurch, daß der Arbeitgeber dem Arbeiter am Schlusse des Jahres einen Schein über die gezahlten Beiträge ausstelle, der alsdann in ein Beitragsbuch eingetragen würde, welches alsdann bei den Gemeindebehörden niedergelegt werden könnte. Redner hält eine Theilnahme der Arbeiter an der Festsetzung der Renten für sehr wünschenswerth, damit nicht so häufig die Schiedsgerichte in Anspruch genommen zu werden brauchten. Nach ihm würden die Berufsgenossenschaften fördernd wirken. Redner befürwortet zu diesem Zwecke die Herstellung von drei Kategorien, nämlich: Industrie, Landwirthschaft und das handwerksmäßige Handelsgewerbe. Es handele sich hier doch nicht hauptsächlich darum, die Sache so einfach, wie möglich zu machen, sondern so gut, wie möglich. Den Reichsbeitrag betrachte er als einen sehr gefährlichen Punct, und zwar in dem Umfange, wie er hier geplant sei. Die Lasten müßten doch durch Steuern aufgebracht werden und die Reichssteuern beruhen auf den indirecten Steuern, die von der Masse des Volks aufgebracht würden. Er würde den Reichsbeitrag acceptiren insofern, als er zur ersten Einrichtung dienen soll, aber einen ständigen Zuschuß in einem solchen Umfange, wie vorgeschlagen, wo das Bedürfniß noch nicht einmal erwiesen sei, könne er nicht billigen. Die Rente, ob Vorlage, ob Beiträge, erörtert Redner eingehend. Er ist der Ansicht, daß bei der Erhebung von Beiträgen eine Rückzahlung derselben eintreten müsse in bestimmten Fällen, wenn z. B. ein Arbeiter verunglückt, wenn eine Arbeiterin sich verheirathet u. dergl. m. Die Vorlage enthält nach dieser Richtung hin einzelne Härten, welche man nicht bestehen lassen könne. Auch er und seine Freunde würden mit aller Wärme bei dem Werke sein und in der Commission mitarbeiten, sie müßten den Umfang und die Bedeutung des Werkes zu würdigen und möchten ihm dazu beitragen, daß dem Arbeiter die Sorge für die Zukunft abgenommen würde und daß die Vorlage zur Förderung des socialen Friedens gereiche. (Beifall.)

Abg. v. Helldorff (conf.) erörtert zu Anfang seiner Rede die Frage einer Vertheilung der Lasten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und glaubt, daß die Vorlage im Großen und Ganzen das Richtige getroffen habe. Die Einwendungen des Vorredners gegen den Reichszuschuß, namentlich der Hinweis desselben, daß dieser Zuschuß durch die Steuern aufgebracht werden müsse, weist Redner zurück durch die Behauptung, daß diese Einwendungen auf einer Verkennung der wirklichen Verhältnisse beruhe und erhebt alsdann Klage darüber, daß die Redaction der Vorlage keine [illegible], daß sie schwer verständlich und nicht übersichtlich sei und verweist darauf, daß solche Gesetze nicht blos hier im Hause, sondern auch draußen im Lande gelesen und verstanden werden sollen. Er hofft, daß diese Bewegung nicht ohne Beachtung bleiben werde und wendet sich alsdann zu einzelnen Puncten der Vorlage. Was das Markensystem anlange, welches so sehr viel Angriffe erfahren, so sei er der Ansicht, daß dieses System als eine Nebenfrage für dieses Gesetz zu betrachten sei. Ohne das Markensystem komme man mit der Vorlage gar nicht zu Ende und man solle sich doch auch die Schwierigkeiten dieses Systems nicht allzugroß vorstellen. Was das Anlage- und das Deckungsverfahren anlange, so halte er das Letztere für das wichtigere und meint, daß die Einwendungen gegen dasselbe übertrieben seien. Das Anlageverfahren würde in verhältnißmäßig kurzer Zeit eine Steigerung der Beiträge herbeiführen, wie sie gar nicht erforderlich sei. Bezüglich der Organisation hält Redner es für dringend nothwendig, die Verwaltung so großer angesammelter Capitalien zu decentralisiren und dieser Grund spreche gegen ein Reichsversicherungsamt. Die Berufsgenossenschaften erachtet Redner nicht als lebensfähige Organe für das beabsichtigte Werk. Die Aufgabe, die dem Hause gestellt sei, sei eine gewaltige, so daß sie alle Parteien zur praktischen Lösung zusammenführen müsse. Es fehle nicht an solchen, auch in seiner Partei, welche meinen, daß das Bedürfniß für diese Vorlage noch nicht nachgewiesen sei. Eine Beschränkung der Vorlage auf einzelne Industriezweige sei schon im Interesse der ländlichen Arbeiter nicht zulässig und deshalb sei ein Opfer der Gegner zu erwarten. (Beifall rechts.)

Abg. Schrader (deutschfr.) bemängelt zunächst die Ausdehnung der Vorlage, welche an dem Uebelstande leide, daß die Grenzen dieser Ausdehnung nicht sicher gezogen sind. Der Antrag des Vorredners bei der Versicherung werde durch die Last der Zahlung eines dreifachen Beitrages, wie Vorlage sie vorschlage fast illusorisch gemacht. Unmöglich sei es übrigens nicht, daß die Berechnungen auch des Vorsichtigsten sich täuschen, denn augenblicklich rechne man zwar mit günstigen Verhältnissen, es liegen die Zeiten, wo die Verhältnisse ungünstiger waren aber noch nicht sehr weit zurück und würde man den Arbeitern damals mit solchen Anforderungen gekommen sein, man hätte sehen sollen, welche Antwort man bekommen hätte. Redner bekämpft alsdann die Beibehaltung der Ortscassen, gesteht aber zu, daß er augenblicklich einen besseren Vorschlag nicht zu machen wisse, wie er denn auch zugestehen müsse, daß hier die Kritik leichter sei, als das Bessermachen. Was die Höhe der Rente anlange, so glaube er, daß die Vorlage die Beruhigung, die man von ihr erwarte, wenigstens in der ersten Zeit nicht hervorrufen werde, vielmehr werde sie eine große Enttäuschung herbeiführen. Der Arbeitgeber, der bisher aus Rücksichten der Humanität einen alten Arbeiter noch lange behalten hätte, würde nach dem Erlaß dieses Gesetzes den Arbeiter, der nicht mehr so recht arbeitsfähig ist, viel eher entlassen, als sonst und daher werde es kommen, daß eine große Anzahl von Arbeitern viel früher invalide wird, als es sonst der Fall gewesen wäre, und diese würden sich alsdann mit einer Rente von 72 ℳ begnügen müssen. Die zu leistenden Beiträge würden sehr bald den Charakter von Steuern annehmen und die Unterstützung sei und bleibe eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln. Um den Reichszuschuß zu decken, würde man sehr bald genöthigt sein, die Steuern zu erhöhen. Er und seine Freunde seien gegen den Entwurf, weil er geeignet sei, die auf dem Arbeiter ruhenden Lasten erheblich zu erhöhen. Eine Erhöhung der Rente würde unbedingt eine Erhöhung der Beiträge zur Folge haben müssen und da der Arbeitgeber unzweifelhaft in diesem Falle der Stärkere sei, so werde er auch bei verschiedenen Gelegenheiten versuchen, seine Beitragslast auf den Arbeiter abzuwälzen. Wer gebe denn nun auch die Versicherung, daß diejenigen Sätze der Rente, die heute als ausreichend erachtet werden, auch in Zukunft ausreichend sind. Das Quittungsbuch sei für ihn und seine Parteigenossen unannehmbar. Die Arbeiter und nicht die socialdemokratischen Arbeiter allein sehen dieser Vorlage mit Mißtrauen gegenüber und noch in keiner Arbeiterversammlung sei eine Resolution zu Gunsten des Gesetzes beschlossen. Sei auch der Mißbrauch mit dem Quittungsbuch gesetzlich verboten, so könne doch Jeder aus dem Buche ersehen, bei welchem Meister der Arbeiter bisher in Arbeit gestanden habe. Mit einem Gesetze, welches das Vertrauen der Arbeiter erwecken soll, sollte man sich hüten, derartige Bestimmungen ins Leben zu rufen. Ganz ähnlich stehe es mit der Organisation. Der Umstand, daß man die Berufsgenossenschaften hier ausschließe, könne sehr leicht dahin führen, daß die Berufsgenossenschaften allmälig ganz verschwinden. Er sei allerdings der Ansicht, daß es nicht zweckmäßig erscheine, die Berufsgenossenschaften in dieses Gesetz aufzunehmen, einmal wegen ihrer Organisation und ferner, weil sie selbst nicht die Neigung haben, die neuen Arbeiten zu übernehmen. Die von der Regierung vorgeschlagene Organisation hat wenig Freunde im Hause gefunden. Der Reichsgedanke ist erst später so recht lebendig geworden und es ist deshalb natürlich, daß das Reich, wenn es finanziell erheblich engagirt ist, auch einen maßgebenden Einfluß haben muß und da würden sich verschiedene Frictionen ergeben und man würde dadurch einen neuen socialen Staat im Staate geschaffen haben. Alle diese Bedenken würden zurückgestellt werden müssen, wenn man wirklich der große Erfolg eintreten würde, den man sich davon verspricht. Das ist aber nicht der Fall und es würde somit nur die Unzufriedenheit erheblich vermehrt werden und man wird sehr bald mit immer neuen Forderungen kommen. Auf dem betretenen Wege weiter zu gehen wird sehr schwer sein und für Diejenigen, welche die Gesetzgebung bis hierher geführt haben, wird es sehr unangenehm sein, immer weiter gehende Forderungen zurückzuweisen. Der Arbeiter muß sich dessen bewußt sein, daß er nur vorwärts kommen kann aus eigener Kraft. Aus diesem Bewußtsein ist es zu erklären, daß in England z. B. die socialdemokratischen Bestrebungen so wenig Boden finden, weil die Arbeiterbevölkerung daselbst der absolute Gegner der Socialdemokratie ist. Nichts ist falscher, als auf socialpolitischem Gebiete Alles mit einem einzigen Mittel heilen zu wollen. Gehen Sie einmal andere Wege, die Ihnen schon oft angedeutet sind, und Sie werden uns in und außer dem Hause an Ihrer Seite finden. (Beifall links.)

Abg. Leuschner-Eisleben (Reichsp.): Er könne nicht seine Aufgabe sein, in die Details dieser Vorlage einzugehen, er wolle nur die Hauptgesichtspuncte kurz beleuchten. Es sei gefordert worden, daß die Berufsgenossen zum Träger der Anstalt gemacht werden sollen; dem gegenüber halte er die Bestimmungen der Vorlage für einen wesentlichen Fortschritt und er sei auch der Meinung, daß die Einrichtung eines Reichsversicherungsamtes das Richtige sei. Die Bedingungen der Feststellung der Renten müssen klar sein; wegen der Uebergangsperiode aber könne unmöglich die ganze dauernde Versicherung in Frage gestellt werden. Die zur Controle der Marken angeordneten Maßregeln müßten so lange beibehalten werden, bis bessere gefunden seien; ob dies möglich sei, sei zweifelhaft. Bei Festlegung der Renten müsse mit der allergrößten Vorsicht verfahren werden, da sonst allerlei Unzuträglichkeiten herbeigeführt würden. Im Großen und Ganzen sein er und seine Freunde mit der Vorlage der Regierung einverstanden. Die Vertheilung der Beiträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Entwurfe, beruhe seiner Meinung nach auf richtiger Schätzung; ohne den Reichszuschuß aber würde die Vorlage für ihn und seine Freunde unannehmbar sein.

Die Fortsetzung der Berathung wird sodann auf Montag 12 Uhr vertagt.

Ergebniß der Stadtverordnetenwahl.

* Leipzig, 7. December. Die diesjährige Stadtverordnetenwahl war sehr lebhaft; es betheiligten sich daran 5232 Bürger. Im Jahre 1887 betheiligten sich 3372, im Jahre 1886 3868, 1885 3784, 1884 5081, 1883 5592, 1882 4537. Auch diesmal machte sich das Vorhandensein nur eines Wahllocales für die in den entfernteren Vorstädten Wohnenden als sehr hinderlich geltend, immerhin aber erscheint dessen ungeachtet die Betheiligung als eine recht erfreuliche. Diese Lebhaftigkeit ist ohne Zweifel dem Vorhandensein von drei Listen zuzuschreiben, denn obgleich das allgemeine Wahlcomité mit seiner Liste sehr spät auf dem Plane erschien, haben doch die anderen Listen, von denen für die Handwerkerliste fast gar nicht öffentlich agitirt worden war, beträchtliche Minderheiten aufzuweisen. Von den abgegebenen 5232 Stimmzetteln waren 4554 glatte, und zwar fielen davon:

2495 auf die Liste des Allgemeinen Wahlcomités,
1247 „ „ „ der Handwerker,
812 „ „ Querliste;

verändert (gestrichen und zugeschrieben) wurden abgegeben

501 Zettel der Liste des Allg. Wahlcomités,
89 „ „ Querliste,
60 „ „ Handwerkerliste

und ferner 14 sog. Wilde und 14 ungiltige.

Das Zählgeschäft nimmt angesichts dieser Zersplitterung eine so lange Zeit in Anspruch, daß es heute nicht beendet werden konnte; die Zahl der Stimmen, welche auf jeden Candidaten fielen, können wir daher heute nicht angeben. Aus der obigen Aufstellung geht aber hervor, daß die Liste des Allgemeinen Wahlcomités, deren Namen ja zum größten Theil auch auf den anderen Listen standen, als durchgegangen zu betrachten ist, und demnach die folgenden Herren als gewählt angesehen werden können:

A. Aus der Classe der angesessenen Bürger:

Bachhaus, Otto Willibald Ferdinand, Maurermeister.
Bielefeld, Eugen, Kaufmann.
Fähndrich, Ludwig Wilhelm, Kaufmann.
Heinrich, Eduard Gustav, Tischlermeister.
Herrmann, Johann Carl Gustav, Kaufmann.
Mayer, Friedrich Alexander, Kaufmann.
Oehler, David August, Schlossermeister und Vorsitzender der Gewerbekammer.
Roßbach, Max Arwed, Maurermeister und Architekt.
Schulze, Carl Theodor, Fuhrwerksbesitzer.
Schwabe, Georg Theodor Otto, Kaufmann.
Zenker, Julius Oskar, Dr. jur. und Rechtsanwalt.

Reservemänner:

Meisel, Elias Gustav, Kaufmann.
Schäffer, Carl Felix, Kaufmann.
Tusch, Wilhelm Robert August, Klempnermeister und Wassertechniker.

B. Aus der Classe der unangesessenen Bürger:

Dodel, Heinrich Ludwig, Kaufmann.
Frank, Selmar, Kaufmann.
Gebhardt, Johann Friedrich Adalbert, Dr. phil., Professor und Oberlehrer.
Kaiser, Franz, Lehrer am Taubstummen-Institut.
Leskien, Johann August Heinrich, Dr. phil. und Professor.
Maldenhauer, Wilhelm C. Friedr. Bernh., Dr. med. und Privatdocent.
Seyfarth, Julius, Maurermeister.
Süß, Carl Friedrich Julius, Kaufmann.
Vogel, Wilhelm August, Kaufmann.
Wölker, Georg Christian Wilhelm, Kaufmann und Königlich rumänischer Consul.

Reservemänner:

Abel, Ambrosius Johannes, Buchhändler.
Debes, Ernst Wilhelm Ferdinand, Inhaber einer geographischen Anstalt und Steindruckerei.
Kremer, Franz Adolf, Schuhmachermeister.

Literatur.

Folgende für das bevorstehende Weihnachtsfest im Verlage von Meißner & Buch in Leipzig erschienenen Bücher sind an Inhalt und Ausstattung prächtige Erzeugnisse und so recht angethan, Herz und Auge jedes Bücherfreundes zu bestricken. Worte des Herzens. Eine Blüthenlese aus deutschen Dichtern. Mit Illustrationen von Marie von Beckendorff u. A. Dieses Buch bietet Blatt um Blatt auf starkem, weißem Cartonpapier, mit Goldschnitt versehen und verziert mit meisterhaft ausgeführten farbigen Blumen und reizenden Landschaftsbildern, eine Reihe der geist- und gemüthvollsten Aussprüche unserer auserlesensten Dichter und Dichterinnen, wie Schiller, Goethe, Bodenstedt, Jean Paul, v. Fraukenstein, Reguette, Geibel Varnhagen, Wandt, Eichendorff, Spitta, Humboldt, Düringsfeld, Mörike, Scheffel u. s. f. — Haideroseu. Ein Gang durch Wald und Flur. Dies Buch, reich illustrirt, in zartem Gewande, führt den Leser an der Hand deutscher Dichtung hinaus in die Welt, durch Flur und Hain, über Berge und durch Thäler, hin an den träumenden See; aus der blühenden goldenen Zeit, aus den Tagen der Rosen durch Gewitter bis zum Herbstgefühl; durch die Tageszeit, vom Morgengebet bis zum Abendlied hinein in die Träume der Nacht. — Sterne der Heimath. Bild und Reim aus des Kindes Leben. Illustrirt von A. H. Plinke, mit Gedichten von Frida Schanz. Eine Augenweide für die Kinder, Knaben wie Mädchen, sind die in vollendeter Weise ausgeführten Bilder dieses Buches, welches noch durch die sinnigen Gedichte von Frida Schanz, wie „Die Himmelsleiter“ — „Christkindlein komm“ — „Grüß Gott, mein Kind“ — „Das Lied, das meine Mutter sang“ — „Geschwisterliebe“ — „Der Engel hilft“ — „Habt Mitleid“ u. s. f., eine unschätzbare Bereicherung erfährt. — Jugendlust von Fritz Reiß, mit Reimen von Friedrich Eck. Ein reizendes Bilderbuch, welches das Leben fröhlicher Kinder in Haus und Hof, in der Familie, wie auf dem Spielplatz und in der Schule zu lebendiger Anschauung bringt, ausgestattet mit Versen, die auf jedes junge Menschenkind den besten Einfluß ausüben müssen, ist dieses wie auch die übrigen hier erwähnten Bücher eine herrliche Festgabe für unsere Jugend, erstere beiden vorzüglich für erwachsenere Mädchen. —d.

* * *

Ein alter guter Bekannter ist wieder auf dem Weihnachtsbüchermarkte erschienen: Franz Hoffmann's Neuer Deutscher Jugendfreund ist dem altrenommirten Jugendschriften-Verlage von Schmidt & Spring in Stuttgart. Sein Alter bürgt für seine Güte, denn er feiert jetzt zum 43. Male wieder und ist in sehr vielen Familien ein regelmäßig einkehrender liebgewonnener Gast, welcher zum Weihnachtsfeste sehnsüchtig erwartet wird. Er ist den Eltern aus ihrer Jugendzeit noch ein lieber Bekannter, er ist mit ihnen alt geworden und doch jung geblieben, so daß er auch wieder zum unentbehrlichen Freunde der Kinder geworden ist, die ja schon im Voraus wissen, daß er ihnen nur Gutes und Schönes bringen wird. Und darin haben sie sich auch diesmal nicht getäuscht, denn der „alte Bekannte“ bleibt seinen Grundsätzen treu, er bringt wieder von dem Guten das Beste. Es ist unnöthig, auf den gediegenen Inhalt des umfangreichen Buches, das in geschmackvollem Festkleide, reich illustrirt mit guten Stahlstichen, Farbenbildern und Holzschnitten, vor uns liegt, näher einzugehen, aber eine rechte Weihnachtsfreude für Knaben und Mädchen wird es sein, den „Jugendfreund“, welcher an Erzählungen, Naturbeschreibungen, Schilderungen aus dem Menschenleben, Ernstes und Heiteres, Gedichte, Räthsel, überhaupt des Belehrenden und Unterhaltenden eine so große Menge bietet, am Weihnachtsabende wieder unter dem Tannenbaume zu finden. —d.

* * *

Einen alten liebgewordenen Freund unserer Jugend legt die Königl. Hofbuchhandlung von C. C. Meinhold & Söhne in Dresden auf den Weihnachtstisch in Gestalt des soeben in farbenprächtiger Ausstattung erschienenen 26. Bandes der „Kinderlaube“, welche mit Neujahr in ihren 27. Jahrgang tritt. Die „Kinderlaube“ eignet sich ganz besonders als schätzenswerthe Weihnachtsgabe für alle Glieder des Familienkreises, da sie in ihren Erzählungen, Sagen, Märchen, Gedichten, in dem aus der Geschichte, Geographie, Ethnographie und Naturkunde Gebotenen, sowie überhaupt durch ihren vielseitigen Inhalt einem Jeden etwas bringt. Reicher Bilderschmuck im Text und 12 Bilder in Farbendruck, höchst sauber ausgeführt, beleben vortheilhaft das 382 Seiten starke und elegant gebundene Buch, dessen Preis von 6 ℳ ein sehr geringer zu nennen ist. Die „Kinderlaube“ ist durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes auch in Monatsheften zum Preis von 40 ₰ für jedes Heft zu beziehen. R.

* * *

L. Riedel: Im Göpelsch. Erzählungen und Gedichte in vogtländischer Mundart. Plauen i. V., Verlag von F. E. Neupert. Kl. 8°, 117 S. L. Riedel wird den Lesern dieses Blattes schon aus früheren Jahren her bekannt sein, es wurde auf ihn nachdrücklich von meiner Wenigkeit im „Leipziger Tageblatte“ aufmerksam gemacht, er wurde besonders den Freunden kernigen Volksthums und naturwüchsigen Humors warm empfohlen. Ich maße mir nicht an, zu behaupten, als hätte ich etwas dazu beigetragen, daß der Mann im Lande und darüber hinaus bekannt wurde. Heute aber gehört L. Riedel schon zu den gelesenen unserer Schriftsteller, ein größeres Publicum hat Geschmack an seiner gesunden und kräftigen Kost gefunden; denn seine beiden ersten Büchlein haben schon je vier Auflagen erlebt, die anderen je zwei. Im Vogtlande wird es selten ein Haus geben, wo man Riedel nicht liest. Auch die diesjährige Gabe Riedel's wird ihren Weg finden, ohne daß man noch nöthig hätte, dieselben mit einem Begleitschreiben durch die Welt zu helfen. Wie gewöhnlich enthält der auch äußerlich geschmackvoll ausgestattete Band launige und ernste Sachen, Prosa und Poesie, unter letzterer auch einen kleinen Schwank, der uns am wenigsten gefallen hat. Die dramatische Ader ist nun einmal nicht die starke Seite Riedel's, denn die liegt auf dem erzählenden Gebiete, sei es auf dem der Novelle oder auf dem der Schnaken und Schnurren, und auf dem lyrischen theilweise, und wenn wir ihm einen Rath geben dürfen, so ist es der alte classische: ne sutor ultra crepidam! Einige Gelegenheitsgedichte sind — Gelegenheitsgedichte, und wenn bei solchen Gelegenheiten noch etwas herauskommt, so zeigt das eben von den „Gaben“ des Dichters, der auch dem steretypen Stiftungsfeste irgend welchen Vereins noch eine gute Seite abzugewinnen weiß. Einige der neuen Erzählungen erinnern an frühere, so besonders „Aberglaam“ und „der alt Hasvadel vergißt nig“; und seine „Leibgerichter“ sind eine Variation des berühmten plattdeutschen Läuschen: „un segg man blot noch Speckeu!“ Uebrigens würden diese, nach unserer Meinung, noch gewinnen, wenn die am Schluß angehängte „Moral von der Geschichte“ fehlen würde. L. Riedel versende diese wenigen Ausstellungen, sie sind im besten Sinne gemeint, denn zu jeder richtigen Kritik gehört nun einmal auch ein Löffel Senf. William Fischer.

* * *

Paul Moser's Notizkalender als Schreibunterlage für 1889. Verlag des Berliner lith. Instituts (Jul. Moser), Berlin W., Potsdamer Straße 110. Die Verlagshandlung war von jeher bestrebt, diesen Notizkalender zu verbessern und denselben für den Schreibtisch immer unentbehrlicher zu machen. Die Ausgabe für das Jahr 1889 enthält nun eine Menge neuer Beigaben, welche für Herren von Wichtigkeit sind, und glauben wir bestimmt, daß er ungetheiltes Interesse in allen Berufs- und Geschäftskreisen erwecken wird, schon deshalb, weil er ein wirklich praktisches, elegantes und dabei wohlfeiles Schreibtisch-Requisit ist. — In dem gleichen Verlage erschien Paul Moser's Haushaltungsbuch für den Schreibtisch deutscher Hausfrauen für 1889. Dieses Haushaltungsbuch (in eleganter Glanzleinenmappe mit grünem Tuchpapier überzogen oder in eleganter schwarzer Wachstuchmappe zu gleichem Preise) ist ein durchaus praktisches Wirthschaftsbuch, und zwar in jeder Beziehung, wie es wohl kaum ein zweites geben dürfte, und das jeder Hausfrau, auch als Weihnachtsgeschenk eine nicht unwillkommene Festgabe sein dürfte.

* * *

Deutscher Colonialkalender für 1889. Herausgegeben von Gustav Meinecke. Berlin, Verlag für Sprach- und Handelswissenschaft (Dr. P. Langenscheidt). Dieser Taschenkalender, welcher vom Verfasser Sr. Durchlaucht dem Fürsten Hermann zu Hohenlohe-Langenburg ehrfurchtsvoll gewidmet ist, enthält außer den Bildnissen der Afrikareisenden Hermann Wißmann und Dr. Karl Peters ein Kalendarium mit wichtigen, sich auf die coloniale Bewegung beziehenden Notizen, ein Diarium. Außerdem finden wir darin eine Ausbildung über die Verhältnisse in den deutschen Colonien und Schutzgebieten aus der Zeit vom October 1887 bis 1888, ein Verzeichniß der deutschen Colonien nach ihrer Lage mit Angabe des Flächeninhaltes und der vorzüglichsten Bodenerzeugnisse, sowie eine Aufzeichnung der Reichsbeamten in den deutschen Schutzgebieten und noch vieles Andere, das für alle Die, welche sich für die deutschen Colonialbestrebungen in nicht-deutschen Ländern interessiren, von Wichtigkeit ist. —l.

† Dresden, 7. December. Heute Vormittag ist der Steuermann eines am großen Ostragehege vor Anker liegenden Schleppkahnes bei dem Heranziehen der Kette über Bord gefallen und ungeachtet sofort vorgenommener Rettungsversuche ertrunken.

Telegraphische Depeschen.

* Berlin, 7. November. Der Bundesrath ertheilte in der am 6. d. M. unter dem Vorsitz des Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssecretairs des Innern v. Boetticher abgehaltenen Plenarsitzung den Entwürfen von Ausführungsbestimmungen und Dienstvorschriften zu dem Gesetz, die Statistik des Waarenverkehrs des deutschen Zollgebiets mit dem Auslande betreffend, vom 20. Juli 1879 mit den von den Ausschüssen für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr und für Eisenbahnen, Post und Telegraphen vorgeschlagenen Abänderungen die Zustimmung. Außerdem wurde auf die Eingabe einer Handelsfirma über die Zollbehandlung einer Waarensendung Beschluß gefaßt.

* Paris, 6. December. In dem heute zwischen den Deputirten Susini und Bakin stattgehabten Zwischenfall ist durch die Zeugen unter Vermittlung des Kammerpräsidenten und des als Schiedsrichter zugezogenen Deputirten Oberst Plazanet ein Ausgleich erfolgt.

* Charleroi, 7. December. Der Präsident des in Chatelet abgehaltenen Socialisten-Congresses, Laloi, und Mignon, Mitglied des Generalrathes der socialistisch-republikanischen Partei, sind in Chatelineau verhaftet worden. Ein anderer Führer der Socialisten Defuisseaux wurde in Brüssel verhaftet und hierher gebracht.

* Madrid, 7. December. Der Kriegsminister Cassola hat seine Entlassung genommen. Der „Epoca“ zufolge dürfte eine Umbildung des Ministeriums unter Sagasta als Präsident mit Hinzuziehung Gamazo's erfolgen.

* Rom, 6. December. Senat. Der Gesetzentwurf über die Reform der Communal- und Provinzialverwaltung wurde in geheimer Abstimmung mit 71 gegen 48 Stimmen angenommen. Auf die Interpellation Corte's über die Absichten der Regierung im Rothen Meere erklärte der Ministerpräsident Crispi, er sei gegen die Occupation von Massauah und Assab gewesen. Die Behauptung von Massauah sei wegen Assab's nothwendig geworden. Italien wolle sich jedoch nicht hierdurch in eine Situation bringen, in welcher beim Hinzutritt europäischer Complicationen seine Streitkräfte vermindert werden könnten. Es handele sich jetzt darum, die localen Kräfte zu organisiren, die Regierung wolle keine Eroberungen in Abessinien machen. Der Minister glaubt nicht an die Wahrscheinlichkeit eines nahen Krieges, obwohl die Lage Europas immerhin eine ernste sei. Die Beziehungen mit Frankreich seien schwierig gewesen, doch seien die Schwierigkeiten jetzt überwunden, er könne versichern, daß in diesem Augenblick die Beziehungen zwischen beiden Ländern normale und correcte seien. Der Minister stimmt mit Corte darin überein, daß ein Krieg mit Frankreich ein großes Unglück sein würde, sicherlich werde die italienische Regierung in dieser Richtung nie herausfordernd auftreten, ihr ganzes Bestreben sei darauf gerichtet, einen solchen Krieg zu vermeiden. Redner weist auf die immer mehr wachsenden Rüstungen hin und hebt hervor, Italien könne doch nicht müßig bleiben, wenn es sich um sein Interesse, um eingegangene Verpflichtungen und um mögliche Gefahren handele. Die beständigen Bemühungen der Regierung seien auf Erhaltung des Friedens gerichtet. Das afrikanische Unternehmen dürfe nicht dahin führen, daß man die Pflicht, für alle Eventualitäten bereit zu sein, aus den Augen verliere. Crispi glaubt nicht, daß man die afrikanischen Besitzungen aufgeben könne, Italien übe in Afrika eine civilisatorische Mission aus und könne von derselben nicht zurücktreten. Corte erklärt sich von den Ausführungen des Ministerpräsidenten nicht zufriedengestellt, bringt jedoch keinen Antrag ein.

* Petersburg, 7. December. Durch einen heute veröffentlichten Befehl des Kaisers ist die Thätigkeit der sogenannten Pahlen'schen Commission zur Revision der Judengesetze geschlossen worden.

Nach Schluß der Redaction eingegangen.

* Wien, 7. December. Das Abgeordnetenhaus begann die Wehrgesetz-Debatte. Plener erklärte, die Linke werde trotz Widerspruchs der inneren und äußeren Politik für das Wehrgesetz stimmen, um eine Zweidrittel-Majorität zu ermöglichen. Sie bewillige das Gesetz aber nicht diesem Ministerium, sondern nur der Armee und der Machtstellung des Reichs. Rieger erklärte, das Bündniß mit Deutschland sei aus dem Interesse beider Reiche hervorgegangen und an der Gleichberechtigung beider Theile müsse festgehalten, jeder Gedanke an ein staatsrechtliches Verhältniß aber abgelehnt werden. Panslawismus sei bei den Westslawen nicht vorhanden. Das böhmische Volk wolle weder russisch noch deutsch werden und trete darum mit allen Kräften für Oesterreich und dessen Dynastie ein. (Beifall rechts.) Minister Welsersheimb bemerkte Plener gegenüber, nach dem Willen des obersten Kriegsherren solle die deutsche Sprache das Mittel der Verständigung in der Armee, nicht das Mittel der Parteiung sein. Für die Armee existire keine Sprachenfrage. Die Regierung gehe nicht von einem einseitig nationalen, sondern von einem allgemein österreichischen Standpuncte aus. Die Vorlage entspreche nicht einem einzelnen nationalen Interesse, sondern einem gebieterischen Interesse des Gesammtvaterlandes. (Beifall.) Gregr (Jungczeche): Das böhmische Volk hege kein Vertrauen [illegible] die Zukunft; was nütze der Friede, der schließlich den [illegible] der Staaten und den Ruin der Völker herbeiführen [illegible] Stimmen werde aber für jedes Bündniß sein, das den Frieden, die Unabhängigkeit und die Größe Oesterreichs führe. Es bewillige daher das Wehrgesetz, aber nur dem Kaiser von Oesterreich, dem Könige von Böhmen und dem österreichischen Staate, sonst Niemandem. Der Schluß der Generaldebatte wird mit 103 gegen 97 Stimmen angenommen. Nächste Sitzung Dienstag.

* Paris, 7. December. Die Kammer lehnte bei Berathung des Budgets der Ehrenlegion einen Antrag, die den Ausländern gewährten Decorationen im „Journal officiel“ zu veröffentlichen, ab. — Der Cassationshof verwarf die Berufung Prado's.

* Rom, 7. December. Der Papst empfing heute die Prinzessin Friedrich Karl mit Gefolge, welchem der deutsche Gesandte v. Schlözer sich angeschlossen hatte.

* Zanzibar, 6. December. Das deutsche Blockadegeschwader brachte gestern einen arabischen Dhau mit 87 Sclaven auf, wobei eine Anzahl Araber gefangen wurde.

Verantwortlicher Redacteur [illegible] in Leipzig.
Für den [illegible] Theil [illegible] Dr. Oscar Paul in Leipzig.